Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 3 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zł. Bei Postbezug monatl. 3,11 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zł. Danzig 3 Guld. Deutschland 2,5 Rentenmark. — **Einzelnummer 20 Groschen.** — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 244. Bromberg, Dienstag den 21. Oktober 1924. 48. Jahrg.

Die deutsche Regierungskrise.

Während die allgemeine Politik des Deutschen Reiches durch das Ereignis des Zeppelinfluges und die Überzeichnung der deutschen Anleihe in den letzten Tagen augenscheinlich große Erfolge erzielen konnte, ist man mit der Lösung der chronischen Kabinettskrise nicht weiter gekommen. Deutschland steht mit seinen parlamentarischen Schwierigkeiten nicht allein. Im eigenen Lande geht es uns nicht besser. Und wenn wir in Polen oder unsere Landsleute in Berlin auch zur Entschuldigung anführen können, daß unser parlamentarisches Reglement noch jung und darum leichter den verschiedensten Kinderkrankheiten ausgesetzt sei, so zeigen uns dieselben Erscheinungen in den seit langem parlamentarisch regierten England, ebenso wie in Frankreich und Amerika, daß es sich keineswegs um Kinderkrankheiten des Parlamentarismus handelt, sondern um die Alterserscheinungen der Formaldemokratie, in deren Zeichen das goldene Zeitalter stehen sollte, das in Versailles aller Welt verheißen wurde.

In Deutschland wie anderswo hat die Überspannung der in ihrem Wert außerordentlich zweifelhaften Idee des Mehrheitswillens eine klare Mehrheit nicht mehr zustandegebracht. Es gibt nicht nur Wähler, die „ja" und solche, die „nein" sagen, sondern eine weit größere Menge unentschiedener Leute, die sich bald dieser, bald jener Seite zuschlagen, weil sie, zur Führung selbst unfähig, der Führung noch bedürfen. Die Kunst der Staatspolitik hat mit dem Mehrheitswillen des Staatsvolkes nichts gemein; sie ist ausschließlich ein Problem der Persönlichkeit, das höchstens mit dem inneren Werte der Wählerstimmen, nicht aber mit ihrer Zahl zu rechnen hat. So lange man sich darüber wundert, daß die Wahlstatistik nicht imstande ist, einen Staat zu leiten, so lange man die Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle überschätzt, — wird es in den parlamentarisch regierten Ländern Regierungskrisen geben, die im wesentlichen die Aufgabe haben, die Arroganz des formaldemokratischen Glaubensbekenntnisses ad absurdum zu führen.

Eine mechanische Lösung der deutschen Regierungskrise kann gar nicht gefunden werden, weil sie mathematisch einfach unlösbar ist. Die Deutsche und die Bayerische Volkspartei (45 und 16 Abg.) erklären, ohne die Deutschnationalen (106 Abg.) nicht mitmachen zu wollen. Das Zentrum (65 Abg.) erklärt, ohne Demokraten (27 Abg.) geht es nicht. Die Demokraten ihrerseits, denen die Wirtschaftspartei (15 Abg.) nahesteht, wollen in eine Erweiterung der Koalition nur im Falle der Hinzuziehung der Sozialdemokraten (100 Abgeordnete) einwilligen. Es treten also hinter einen Rechtsblock 106 + 45 + 16 gleich 167 Abgeordnete, hinter einen Linksblock 27 + 15 + 100 gleich 142 Abgeordnete, während zur Mehrheit im 472 Mann starken Reichstage 237 Abgeordnete nötig sind. Das Zentrum hinkt nach beiden Seiten; seine 65 Mann starke Fraktion würde nach jeder Seite hin den Ausschlag geben. Aber sie würde über dieser Entscheidung in sich selbst uneins werden und zerfallen. Die Hauptursache dieser Schwierigkeiten, zu einer klaren Mehrheit zu gelangen, liegt in dem Koalitionsstreik der beiden radikalen Gruppen des Reichstages, der Kommunisten und Völkischen, die zusammen 98 Abgeordnete zählen und sich in keine Regierungskoalition hineinziehen lassen.

Eine Auflösung des Reichstages würde das Bild wenig oder gar nicht verändern; das haben die Nachwahlen in Oberschlesien und in einem sächsischen Wahlbezirk deutlich bewiesen. Als neues Ergebnis einer nochmaligen Prüfung des Mehrheitswillens würde nur die Feststellung einer zunehmenden Wahlmüdigkeit zu buchen sein. Das Volk, und wir können wohl — über den Rahmen dieser Darstellung hinausgehend — sagen: die Völker haben den Wunderglauben an den Parlamentarismus verloren; der Mehrheitswille ist kein Mittel zur Glückseligkeit, und eine Minderheit kann vernünftiger regieren, als eine Majorität. —

*

Die letzten Versuche.

Die neuen Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteien, die darauf gerichtet sind, durch Ergänzung des Kabinetts mit einigen den Deutschnationalen nahestehenden Fachministern die Krise zu lösen, haben nicht zum Ziele geführt. Mit solchen „Fachministern" geben sich die Deutschnationalen nicht zufrieden.

Die Deutschnationalen beanspruchen für ihren Parteivorsitzenden Hergt den Posten eines Vizekanzlers ohne Portefeuille. Minister des Innern soll der Führer des ostpreußischen Heimatbundes, von Geyl, werden, Verkehrsminister der Bergwerksdirektor Leopold aus Halle. Für das Wirtschaftsministerium wurde der frühere Chef der Zivilverwaltung in Polen und ehemalige Filehner Landrat, von Kries, für das Ernährungsministerium der Vorsitzende des Landbundes, Schiele, als Kandidaten der Deutschnationalen benannt.

Eine beherzigenswerte Mahnung.

In dem Lodzer sozialistischen „Volksfreund" veröffentlicht Abg. Utta-Lodz einen Artikel „Zu unserer Wirtschaftslage", der in der folgenden beherzigenswerten Mahnung ausklingt:

Wenn das von Grabski und der „rein polnischen Mehrheit" künstlich aufgerichtete Wirtschaftsgebäude zusammenkracht, wird es auch uns deutsche Bürger Polens unter seinen Trümmern begraben. Darum erheben wir nochmals unsere warnende Stimme und fordern: größte Sparsamkeit auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, Verringerung der Zahl der Staatsbeamten und des Militärs. Das Soldatenspielen müssen wir aufgeben. Wir sind so wie so nicht imstande, eine Militärmacht zu schaffen, die uns im Falle eines Krieges mit unseren Nachbarn erfolgreich schützen könnte. Laßt die Leute, die jetzt vom Staate ernährt werden müssen und ihm große Ausgaben verursachen, arbeiten und Werte schaffen. **Räumt endlich mit der Verhetzung der Bürger Polens untereinander und mit dem schon zum Ekel gewordenen Gefasel von der „reinpolnischen Mehrheit" auf! Lasset das Recht, die Gerechtigkeit und die wahre Gleichberechtigung aller Bürger endlich zur Geltung kommen!** Schließet vernünftige Wirtschaftsverträge mit den Nachbarstaaten ab! Regelt das Verhältnis der Preise der ländlichen und Industrieerzeugnisse! Legt nicht Steurlasten auf, die ganze Volksschichten und Unternehmungen ruinieren und zahlungsunfähig machen!

Der Chauvinismus und der jesuitische Fanatismus, der den Osten in Brand gesteckt, alle Minderheiten zur Erbitterung gebracht und oft die unfähigsten Leute auf verantwortliche Posten gestellt hat, muß wie die Pest bekämpft werden. Dann wird das Ausland endlich Vertrauen zu uns gewinnen, wir werden eine Auslandsanleihe erhalten und eine feste Grundlage zu unserer Wirtschaftsgesundung schaffen können.

Ein Selbstschutz in Wolhynien.

(Von unserer Lemberger Redaktion.)

Lemberg, 19. Oktober. Die „Chwila" berichtet, daß in den Dörfern und Städtchen Wolhyniens Flugzettel verbreitet wurden, die nachstehenden Aufruf enthielten:

Bürger! Unsere Häuser, Ansiedlungen und Familien sind durch von Bolschewisten bezahlte Banden gefährdet. Die Behörden gewähren keinen ausreichenden Schutz. Deshalb haben wir einen Selbstschutz organisiert und rufen von heute ab alle rechtschaffenen Leute zur Verteidigung auf. Gleichzeitig warnen wir, daß jeder, der den bolschewistischen Banden behilflich ist, sei es durch Gewährung von Unterschlupf, sei es durch Erteilung irgend welcher Mitteilung, mit dem Tode bestraft und sein ganzes Vermögen verbrannt werden wird.

Im Erfordernisfalle werden wir auch vor der Einäscherung ganzer Dörfer nicht zurückschrecken.

Wolhynien, im Oktober 1924.

Das wolhynische Selbstschutzkomitee.

Rumänien und Rußland.

(Von unserer Lemberger Redaktion.)

Lemberg, 19. Oktober. Nach der Parlamentssitzung in Bukarest fand eine Sitzung der Vertreter der Majorität statt, in welcher der Ministerpräsident Bratianu eine Übersicht über die politische Lage gab. Er wies darauf hin, daß trotz der zufriedenstellenden Entwicklung der allgemeinen Lage das Verhältnis zu Rußland ungeklärt sei. Rumänien mische sich nicht in die Verhältnisse anderer Staaten, fordere aber entschieden dasselbe auch für sich. Die verwerfliche Propaganda in Beßarabien müsse daher auf das tiefste bedauert werden, zumal diese bereits das Blut der Grenzwachen gefordert habe. Die Regierung werde für die Zukunft Mittel und Wege finden, um solche Vorkommnisse zu verhüten.

*

Bratianu dankt den Deutschen.

Lemberg, 19. Oktober. Aus Bukarest wird telegraphiert: Ministerpräsident Bratianu erklärte in einer Senatssitzung dem deutschen Senator Schullerus, er fühle sich gedrängt, einem Vertreter der Deutschen gegenüber auszusprechen, wie **glücklich er über die Haltung der Deutschen in Beßarabien** anläßlich der Bandenüberfälle gewesen sei. Ein solches Verhalten sei der Weg, um alle Rechte zu erwerben, **welche man fordere.**

Die beßarabische Frage.

Lemberg, 16. Oktober. Der Bukarester „Adeverul" vom 14. d. M. bringt folgende aufsehenerregende Meldung:

„Die italienische Regierung ließ durch die „Agencia Stefani" erklären, daß die unlängst verbreitete Meldung, wonach Italien dem rumänischen Ackerbauminister Constantinescu anläßlich seines letzten Aufenthaltes in Rom die Ratifizierung des beßarabischen Übereinkommens versprochen hätte, unrichtig sei."

Das Blatt fügt hinzu, die Erklärung sei auf den Einfluß Rußlands abgegeben worden, zu dem Italien gegenwärtig gute wirtschaftliche Beziehungen unterhalte. Obwohl diese Tatsache an der Vereinigung Beßarabiens mit Rumänien für alle Zeiten nichts ändern könne, habe sie dennoch für die Entwickelung der Beziehungen Rumäniens zu Italien große Bedeutung. Die rumänische Politik müsse diesem Umstande Rechnung tragen.

In französischen Lehrbüchern gibt es kein — Polen!

In Lille erscheint eine Zeitung für die dortigen polnischen Bergarbeiter unter dem Titel „Wiarus Polski". Diese Zeitung berichtet, daß in die Schulen der dortigen Bergwerke 60 polnische und 15 französische Kinder gehen, der Unterricht ist selbstredend französisch. In dem im Jahre 1923 (!) herausgegebenen und dort in Verwendung befindlichen Lehrbuch findet das polnische Schulkind alle Staaten aufgezählt nur — Polen nicht!

Dies ist schon im Hinblick auf die vielen Urteile polnischer Gerichte gegen in Polen erscheinende Zeitungen, die aus journalistischem Pflichtgefühl Berichte über das Treiben der Franzosen im Ruhrgebiet brachten, ein rührendes Bekenntnis und bezeichnend für die große französische Freundschaft.

Wir erinnern bei dieser Gelegenheit an die vom französischen Handelsminister auf der vorjährigen Ostmesse in Lemberg ausgestellte Landkarte, auf der man Polens Hauptstadt Warschau nach Rußland verlegt hatte.

Die Agrarreform in Polen.

Warschau, 16. Oktober. Gestern fand eine Sitzung der landwirtschaftlichen Sejmkommission statt. Minister Kopczyński beantragte die Vertagung der Beratungen über das durch die Wyzwolenie-Gruppe eingebrachte Projekt bis zur Unterbreitung eines neuen Agrarreformprojekts durch die Regierung. Der Minister kündigte eine Novelle zum Gesetz über die Liquidation der Servitute, zum Kommassationsgesetz sowie die Novellisierung der Kompetenzen des Ministers für Landwirtschaft an. Der Minister unterwarf die bisherige Tätigkeit des Ministeriums einer scharfen Kritik. Er erklärte, daß das neue Projekt der Funktionsfähigkeit und Finanzierungsmöglichkeit angepaßt werden müsse. Nach der Diskussion wurde der Beschluß gefaßt, die Beratungen bis zur Vorlage eines neuen Projekts durch die Regierung, was spätestens innerhalb von drei Wochen geschehen soll, zu vertagen.

Der Złoty (Gulden) am 20. Oktober

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar =	5,21½	Złoty
	100 Złoty =	106¾	Gulden
Warschau:	1 Dollar =	5,21	Złoty
	1 Danz. Guld. =	0,93¾	Złoty
Rentenmark	. . =	1,25	Złoty

Sejm-Präludium.

(Von unserer Warschauer Redaktion.)

AEM. **Warschau**, 19. Oktober. Bekanntlich haben im Laufe dieses Monats alle Sejmklubs sich sehr eingehend mit der politischen und wirtschaftlichen Situation des Landes befaßt und dabei ihre Stellungnahme gegenüber der Regierung zu erforschen versucht. Außerdem haben die Vertreter verschiedener Klubs mit dem Ministerpräsidenten Grabski Beratungen gepflogen, über die in der hiesigen Presse allerlei Nachrichten und vielfach auch Communiqués erschienen, aus denen jedoch im Grunde genommen nicht hervorging, mit welchen Programmen und nach welcher Richtung hin die Sejmfraktionen gegen die Regierung am Tage der Sejmeröffnung hervortreten wollen.

Um die Stimmung in den verschiedenen Klubs kennen zu lernen, haben wir Gelegenheit genommen, mit verschiedenen Abgeordneten, die den Parteien der Rechten, des Zentrums und der Linken angehörten, zu sprechen. Wir haben dabei feststellen können, daß bis jetzt noch kein einziger Sejmklub ein fest umrissenes Programm für die kommende Sejmsession besitzt. Alle bisherigen Beratungen sind nur Präludien zu den Debatten, die sich im Anschluß an die Deklaration der Regierung im Sejm entspinnen werden, und zwar im Anschluß an die Vorlegung des Budgets für das Jahr 1925.

Allgemein herrscht in Sejmkreisen die Überzeugung vor, daß die Regierung von allen Seiten heftigen Angriffen ausgesetzt sein wird, es sei denn, daß es ihr im letzten Moment gelingen könnte, der Teuerung Herr zu werden. Die Regierung sieht auch deutlich, allzu deutlich, wohin der Weg führt, wenn nicht der Teuerung mit aller Macht Einhalt geboten wird. Die Teuerung hat es verschuldet, daß in den letzten Wochen eine gefährliche Radikalisierung der Massen vor sich gegangen ist, und zwar nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der schlechter besoldeten Beamtenschaft. Ebenso sind die kleinen Bauern mit der Wirtschaftslage sehr unzufrieden, da sie infolge der schlechten Ernte nicht in der Lage sind, sich mit dem benötigten Winterbedarf einzudecken. Es kommt hinzu, daß die Landwirtschaft im nächsten Monat verschiedene Steuern zu zahlen hat, die ihr bisher gestundet worden sind. Man verlangt vielfach eine weitere Stundung der öffentlichen Abgaben, wenn nicht, dann unbegrenzte Ausfuhr von Feldfrüchten ins Ausland. Eine diesbezügliche Forderung hat die Landwirtschaft an die Regierung bereits übermitteln lassen, diese wurde aber glatt abgelehnt.

Die Regierung versucht, die Landwirte-Parteien durch ein neues Bodenreformgesetz einigermaßen zu entschädigen. Das Projekt der Witos-Regierung wurde zurückgezogen, nachdem die Piastenpartei einen Anschluß nach Links, der Wyzwoleniepartei, suchend, einen weitreichenderen Entwurf, als ihn der Pakt mit der Chjena gestattete, fertiggestellt und in Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten Grabski der Regierung zur Kenntnis gegeben hat. Die Regierung begründete die Zurückziehung des bisherigen Entwurfs damit, daß dieser der finanziellen Lage des Staates zu wenig Rechnung getragen hätte. In Wirklichkeit handelt es sich darum, den neuen Wünschen der Piasten entgegenzukommen. Man hofft dadurch, **die Rufe der Piasten nach Verfassungsänderung,** die angetan sind, einen heftigen Kampf der Linken hervorzurufen, zum Verstummen zu bringen. Indessen soll Witos wieder dieser Tage feierlichst erklärt haben, daß er nicht ruhen und rasten werde, bis er „die Befugnisse des Staatspräsidenten erweitert, die Verfassung und die Wahlordination geändert habe". Witos arbeitet in der Stille dahin, die Anzahl der Parteien im Sejm bei den kommenden Wahlen zu reduzieren. Man will das Land dazu bringen, daß in den kommenden Sejm nur noch 4 bis 5 Parteien einziehen. Vor allem geht es ihm darum, die Bauernschaft unter einen Hut zu bringen. Da aber die augenblickliche Struktur der Bevölkerung und der Nation seinen weitreichenden Plänen nicht günstig ist, will er noch etwas warten.

Vielfach heißt es in politischen Parteien, daß die meisten polnischen Parteien sich nur aus rein persönlichen Gründen nicht verstehen können. Die Programme der Parteien gingen wenig auseinander. Manche Parteien hätten überhaupt kein Programm. Von seiten der Piastenpartei wird heute gesagt, daß die Verfassung Polens für einen Staat auf dem Monde geschaffen sei, nicht aber für einen solchen verschiedenartigen Staatsorganismus, wie wir ihn darstellen. Aufgabe des Sejm sei es, meinen die Piasten, die Fehler zu beseitigen, von denen die Verfassung geradezu wimmelt.

Man sagt, daß es in Polen überhaupt keine Macht gibt. Aus dem Staatspräsidenten habe man einen Manequin gemacht, aus dem Senat eine Lächerlichkeit, die Regierung hängt an dem Härchen dieser oder jener Partei. Das sei die erste Reform, die in der kommenden Sejmsession sofort durchgeführt werden muß. Dabei verrät die Piastenpartei, daß ihr das französische Parlament als Vorbild vor Augen schwebt. Die Reformen müßte der Sejm um **seines eigenen Ansehens willen durchführen.**

Die Aussichten einer polnischen Auslandsanleihe.

(Von unserer Warschauer Redaktion.)

AEM. Seit Monaten macht bekanntlich die polnische Wirtschaft eine schleichende Krisis durch, die zeitweise etwas behoben werden konnte, in letzter Zeit jedoch an Heftigkeit zugenommen hat. Die Finanzsanierung Polens ist durch eigene Kraft, durch brutalsten Eingriff in das Privatvermögen und durch ein rücksichtsloses Steuersystem erfolgreich durchgeführt worden. Als im Mai d. J. der Erfolg der Finanzsanierung zum erstenmal offensichtlich wurde, jubelte die gesamte polnische Presse und verurteilte aufs schärfste diejenigen Pessimisten, die da sagten, daß „die Finanzsanierung ohne Auslandskredite angesichts der rauhen Wirklichkeit letzten Endes bankerott machen müsse". Gewiß war damals ein solches Urteil verfrüht, heute aber scheint es, als ob die damaligen Pessimisten ein wenig recht behalten sollten.

Trotz Finanzsanierung ist die Wirtschaftskrise nicht zurückgegangen, sondern hat in letzter Zeit von Woche zu Woche an Stärke zugenommen. Leider kann man diese Verschlimmerung nicht zahlenmäßig belegen, da man sich amtlicherseits in letzter Zeit scheut, genaue Daten über den Warenverkehr mit dem Ausland zu geben. Es verwundert gar sehr, daß der letzte Ausweis über den polnischen Warenverkehr mit dem Ausland für April gilt, über die anderen Monate, die seitdem verflossen sind, schweigt man sich aus. Indessen sind mittlerweile die Eisenbahnzufuhren in den Monaten Mai und Juni veröffentlicht worden. Hier zeigt sich ein ungeheures Sinken des Warenverkehrs, besonders wenn man diese Ziffern mit denen des vergangenen Jahres vergleicht. Die größte Reduzierung weist Oberschlesien auf. Die Sanierung übt einen gefährlichen Rückschlag auf die Gesamtwirtschaft des Landes aus, doch besteht für diese Tatsache hierzulande sehr wenig Verständnis. Polen hat eigentlich ein schweigendes Moratorium, das seine Wirtschaftsverhältnisse von Monat zu Monat immer mehr demoralisieren muß, wenn nicht endlich energisch eingegriffen wird.

Es gibt Leute, die der Regierung die alleinige Schuld an dieser Sachlage in die Schuhe schieben wollen. Das ist Demagogentaktik. Faktisch mußte die Regierung, als sie im Februar zur Sanierung schritt, dies mit jedem Mittel zu erreichen suchen, drohte doch dem Lande eine wirtschaftliche Katastrophe. Vergleicht man die damalige Situation mit der jetzigen, so darf nicht vergessen werden, was in einigen Monaten — vielleicht in diesen Tagen — geschehen hätte können, wenn die Sanierung nicht durchgeführt worden wäre. Die Sanierung mußte mit einer schweren Krise des Wirtschaftslebens verbunden sein, da sich dieses eine ganze Reihe von Jahren unter gänzlich anormalen Bedingungen entwickelt hatte. Die Frage, ob die Krisis nicht durch gewisse unangebrachte Regierungsmaßnahmen verschärft worden ist, ist jedoch etwas ganz anders. Es wäre zwar heute noch zu früh, eine kritische Geschichte der Finanzsanierung Polens zu schreiben, doch ist es wohl erlaubt, zu fragen, warum die Valutaänderung entgegengesetztem Rat und ebensolcher Warnung zum Trotz so schnell durchgeführt worden ist? Ob der mit so großer Begeisterung begrüßte Zloty doch nicht zu früh die schon damals stabilisierte Polenmark abgelöst hat?

Diese Abhandlungen haben jedoch nur theoretischen Wert. Es geht jetzt hauptsächlich darum, daß die Regierung in Verfolg ihrer Wirtschaftspolitik nunmehr das unumgänglich notwendige Verständnis für die wahre Situation hat. Doch muß man hierzu sagen, daß der amtliche Optimismus mit der Wirklichkeit im Widerspruch steht. Die internationale Wirtschaftsentwicklung wurde vielfach gänzlich außer Acht gelassen, besonders ihre Einflüsse auf Polen. Man hat eine Haltung angenommen, als ob Polen durch einen dichten Nebel von der übrigen Welt isoliert sei. Durch diesen Nebel konnte man nicht hindurchblicken. Man dokterte nur mit seinen eigenen Hausmitteln fort. Erst heute sieht man ein, welche Bedeutung der Londoner Konferenz zukommt, über die man hier s. Zt. die Achsel gezuckt hat. Da jetzt die Kunde nach Polen kommt, daß die deutsche Anleihe in Amerika in 12 Minuten mehrmals überzeichnet worden ist, wacht man auf und schnappt nach Luft. Wie ist das nur möglich? Und dann: Was den Deutschen möglich ist, das muß uns Polen um so besser gelingen, sind wir doch die Freunde Amerikas! Und so erinnert man sich ganz plötzlich, daß zur Sanierung der Wirtschaft Polens unbedingt Auslandskapital notwendig sei. Plötzlich greift man die Regierung an, daß sie auf diesem Gebiet noch nichts geleistet habe. Außer einigen lobsamen Anstrengungen gewisser Industrieller nach dieser Richtung hin, geschehe nichts in Polen, klagen die aufgeschreckten Wirtschaftspolitiker. Und dann rufen sie ihrer Regierung zu: Unsere wirtschaftliche und finanzielle Situation berechtigt uns keineswegs zu einer solchen Reserve!

Wenn man solche Worte hört, erinnert man sich daran, mit welchem Enthusiasmus z. Zt. der günstige Bericht des englischen Finanzsachverständigen Hilton Young über Polen von der gesamten polnischen Presse aufgenommen worden ist. Das dicke Ende kam aber nach: Trotz des günstigen Berichts hat England Polen keinen Kredit bewilligt. Muß das nicht jedem zu denken geben? Die Regierung sagte dann später, sie könnte aus dem Auslande genug Anleihen erhalten, sie wolle jedoch warten, bis sie günstigere Bedingungen erlangen könne.

Mittlerweile hat man England als Kreditgeber fallen gelassen und man blickt heute nur noch nach Amerika, das bekanntlich gegenwärtig den mächtigsten Geldmarkt der Welt darstellt, besonders die Wallstreet in Neuyork. Dieser Geldmarkt ist mit Bargeld geradezu überschüttet. Kredit kostet hier für 60—90 Tage 2½—2¾ Prozent pro Jahr, für 4, 5 bis 6 Monate 3—3¼ Proz. pro Jahr. Der Rediskontsatz in der Federal Reserve Banks beträgt für sämtliche Papiere, die statutenmäßig dort gekauft werden können, 3½ Prozent.

Wie stellt sich aber Amerika bei einer solchen Sachlage auf dem Neuyorker Geldmarkt zu einer Anleihe an Polen? **Neuyork wäre doch der beste Arzt für die Wirtschaft Polens!** Lassen wir die Antwort eines Polen in Amerika folgen, die kürzlich die Warschauer Wirtschaftszeitschrift „Przegląd Gospodarczy", die sich erfreulicherweise (auch ausnahmsweise) großer Objektivität befleißigt, veröffentlicht hat. Es heißt darin:

„Der letzte Rapport des amerikanischen Gesandten in Warschau nach Neuyork enthielt die in Amerika riesiges Aufsehen erregende Tatsache, daß in Polen bis 18 Prozent Zinsen monatlich gezahlt werden. Die gesamte Presse hat diese Nachricht aufgegriffen. Während eines ganzen Monats sah ich nicht einen einzigen Artikel, der sich mit der Finanzsanierung Polens befaßt hätte. **Polen existiert nicht für Neuyork.** „Poland is of no interest to us", ist im besten Falle die Devise der Wallstreet. Wir sind in Amerika bekannt als ein Land mit schlechter Administration. Es rächt sich die verkehrte Minderheitenpolitik, es rächen sich die Kämpfe gegen die Juden ..., es ist der größte Fehler, daß Polen keine Verbindung mit Amerika besitzt!"

Man sollte meinen, daß die polnischen Zeitungen solche Worte sich zu Herzen nehmen. Nichts ist hiervon zu merken. Im Gegenteil: Als der deutsche Zeppelin in Amerika eintraf, machten sich die polnischen Zeitungen über den Jubel der Amerikaner lustig. Der „Przegląd Wieczorny", ein angeblich demokratisches Organ, schrieb, daß sich „die Amerikaner bei der Ankunft des Z. R. 3 wie Verrückte gebärdet haben". Eine ähnliche Haltung haben die Rechtsblätter eingenommen. Mit ähnlichen hämischen Bemerkungen wird der Erfolg der deutschen Anleihe in Amerika versehen. Und da beklagt man sich noch in Polen, daß Amerika Polen gegenüber so große Reserve an den Tag legt?

Der Kampf mit der Teuerung.

AEM. **Warschau,** 19. Oktober. Die beunruhigenden Nachrichten aus allen Teilen des Landes ob der zunehmenden Teuerung haben die Regierung veranlaßt, eine Konferenz nach dem großen Saale im Finanzministerium einzuberufen, deren Beratungen einige Tage dauern werden. Zu der Konferenz waren erschienen: Vertreter der Regierung, Vertreter der Berufsorganisationen und Vertreter des Handels, des Gewerbes und der Industrie. Man will eine ständige Kommission bilden, der der Kampf mit der Teuerung obliegen soll, außerdem will man so schnell als möglich

Richtpreise für Artikel des Erstbedarfs schaffen.

Die Initiative zu dieser Konferenz rührt vom ökonomischen Komitee des Ministerrates her. Die zahlreichen Vertreter der Berufsorganisationen und des Handels und Gewerbes wurden vom Ministerpräsidenten Grabski begrüßt, der die Konferenz über die ihr erwachsenen Aufgaben informierte und auf die dringende Notwendigkeit hinwies,

die Preisanarchie,

die von Tag zu Tag gefährlichere Formen annimmt und bereits die Sanierung des Staatsschatzes bedroht, zu bekämpfen. Den Vorsitz bei den Beratungen übernahm der Generalsekretär des ökonomischen Komitees, Ingenieur Widomski, der ein sehr ausführliches Referat über die Preisbildung in Polen hielt und den Nachweis führte, daß die meisten Artikel des Erstbedarfs hier bedeutend teurer als im Ausland und bedeutend teurer auch, als vor dem Kriege sind. Der Lebensunterhaltungsindex betrug im Monat September 164 zł, während er in den Vereinigten Staaten 140 zł, in Deutschland 120 zł betrug. Wenn wir als Grundlage der Vorkriegspreise die Zahl 100 annehmen, so kostet heute die Besohlung in Warschau 217, Wäschewaschen 150 (in der Tschechoslowakei 30, in Deutschland 80), ärztliches Honorar 370, die Zuziehung eines Dentisten 180. Dieser Zustand bedroht die Gesundung des Staatsschatzes, da jede neue Preiserhöhung, ganz gleich auf welchem Gebiet sie stattfindet, unser ganzes Preissystem über den Haufen wirft. Unter solchen Verhältnissen hält es die Regierung für dringend notwendig, unverzüglich die maßgebenden Faktoren zu Beratungen über die aktuellen Fragen betreffend die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung einzuberufen. Die Öffentlichkeit muß aufgefordert werden, Anstrengungen nach jeder Richtung hin zu machen, um die Teuerung aufzuhalten. Die Bevölkerung muß mit den Behörden zusammenarbeiten. Es müssen Preise festgesetzt werden, die für den Erzeuger, Verkäufer und Konsumenten verpflichtend sind. Man muß bei den breitesten Massen Verständnis für die Aufgaben des Komitees schaffen. Nach dem Referat Widomskis entspann sich eine breite Diskussion. Ministerpräsident Grabski unterstrich als besonders wichtiges Moment, **daß man in der Bevölkerung bereits nicht mehr an den tatsächlichen Wert des Zloty glaubt** und deshalb beunruhigt sei. Sodann ergriff der sozialdemokratische Abgeordnete Hartleb das Wort, der erklärte, daß ohne die Teilnahme derjenigen Kreise an der Aktion, auf die das Hauptgewicht der Teuerung fällt, eine erfolgreiche Bekämpfung der Teuerung nicht möglich sei. Er griff die Kaufmannschaft heftig an und sagte, daß sie mitschuldig sei an dem Fortschreiten der Teuerung. Mit ihm polemisierte der Abgeordnete Wislicki, der die Kaufmannschaft in Schutz nahm und die Unzulänglichkeit unseres Inlandsmarktes schilderte. Ingenieur Drzewiecki wies auf die große Rolle hin, die der Zoll bei der allgemeinen Preissteigerung in Polen spielt. Grasberg verlangte, daß man die Kalkulation der Mühlen bei der Ausmahlung von Getreide nachprüfen. Man wird gewiß eine Herabsetzung der Preise für das Ausmahlen erzielen. Es sprachen noch andere Redner, das Thema wurde nicht erschöpft. Es wurde dann der Beschluß gefaßt, eine Kommission zu gründen, die Richtlinien schaffen soll für die Bekämpfung der Teuerung. Es soll schon in den nächsten Tagen

eine neue Konferenz

stattfinden.

Außerdem fand eine Sitzung im Präsidium des Ministerrats statt, an der verschiedene Abgeordnete und Senatoren, sowie diejenigen Mitglieder des Kabinetts teilnahmen, die dem politischen Komitee des Ministerrats angehören. In dieser Konferenz wurde die politische und finanzwirtschaftliche Situation eingehend erörtert und außerdem über den aufzunehmenden Kampf mit der Teuerung gesprochen. Die Regierung wollte bei dieser Gelegenheit die Stimmung kennen lernen, die innerhalb der gesetzgebenden Körper herrscht.

Ein estnisch-russischer Konflikt.

OE. Reval, 19. Oktober. (Ost-Expreß.) Das estnische Außenministerium gibt bekannt: In der Vertretung Estlands in Moskau sind demnächst Veränderungen zu erwarten. Diese Veränderungen seien durch das Verhalten der Sowjetregierung notwendig geworden, welche gegenüber der estnischen diplomatischen Vertretung die Rücksichten nicht gewahrt habe, die als Folge der Unantastbarkeit ausländischer Diplomaten zu beachten sind. Die Vertreter Estlands wurden durch Agenten der Tscheka nicht nur ständig überwacht, sondern sie seien sogar der Spionage verdächtigt worden. Die Sowjetpresse ergehe sich in beleidigenden Artikeln gegen Estland und seine Vertretung. Der estnische Gesandte Birk werde vermutlich zurücktreten und der zurzeit auf Urlaub weilende Militärattaché Kapitän Maser werde auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren. Abgesehen von dieser Maßnahmen will das estnische Außenministerium die Frage der Beziehungen zu Sowjetrußland einer Revision unterziehen. Eine entscheidende Besprechung wird nach der Rückkehr des Außenministers Pusta aus Genf stattfinden.

Der Grenzschutz an der estnisch-russischen Grenze ist verstärkt worden. Aus Rußland sind in letzter Zeit häufig kommunistische Blätter in estnischer Sprache eingeschmuggelt worden, da sämtliche kommunistische Organe in Estland verboten sind.

Ueberfälle auf polnische Vertreter in Rußland.

Warschau, 20. Oktober. PAT. Abends und in der Nacht zum 18. d. M. wurden Mitglieder und Beamte der polnischen Vertretungen in Rußland überfallen. Der erste Überfall galt auf dem Moskauer Bahnhof in Petersburg dem ersten Sekretär der polnischen Gesandtschaft Adam Tarnowski und dem Mitgliede einer besonderen Kommission, Dr. Marjan Morelowski, der zweite in Moskau den polnischen Beamten Albin Hurko-Romeyko und Jan Piotrowicz. Die Überfallenen haben zum Glück keine größeren Verletzungen bei den Überfällen davongetragen. Bald darauf sprach der Chef der Polnisch-baltischen Abteilung im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten in der polnischen Gesandtschaft vor und gab im Namen der Verbandsregierung seinem Bedauern über die Vorfälle Ausdruck. Nachmittags überreichte der polnische Charge d'Affaire, Wyszyński, persönlich dem Volkskommissariat eine Note mit einem kategorischen Protest und teilte gleichzeitig mit, daß ein entsprechender Bericht der polnischen Regierung übermittelt worden sei. Nach Empfangnahme dieser Note sprach das Mitglied des Volkskommissariates sein Bedauern über den Vorgang aus, und versicherte, daß dieser den Gegenstand einer eingehenden Untersuchung bilden werde.

Republik Polen.

Die erste Sejmsitzung nach den Ferien.

M. **Warschau,** 19. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Tagesordnung der ersten Sejmsitzung nach den Ferien, die am 22. Oktober nachmittags 5 Uhr stattfindet, umfaßt folgende zwei Punkte: 1. Erste Lesung des Ergänzungsbudgets für das Jahr 1924. 2. Erste Lesung des Budgetvoranschlags für das Jahr 1925. Bei dieser Gelegenheit wird Ministerpräsident und Finanzminister Grabski sein Programm entwickeln, das aller Wahrscheinlichkeit nach die ganze Sitzung ausfüllen wird.

Der Vizemarschall des Sejm kompromittiert.

OE. **Warschau,** 19. Oktober. (Ost-Expreß.) In der Affäre der Steuerhinterziehungen, deren verschiedene oberschlesische Werke angeschuldigt werden, erscheint der Vizemarschall des Sejm Seyda stark kompromittiert. Bei einer Untersuchung in dem Politischen Klub, dem er angehört, gab er zu, daß er bei der Vermittelung zwischen der Regierung und den Werken lediglich als Rechtsbeistand der letzteren gedient habe. Es hätten aber noch drei andere Männer in hohen Stellungen sich ebenso verhalten.

Der Pariser Gesandte nach Warschau bestellt.

M. **Warschau,** 19. Oktober. Wie wir erfahren, ist der polnische Gesandte in Paris, Chlapowski, Sonnabend abend nach Warschau abgefahren, wo er sich zwei bis drei Wochen aufhalten soll, um der Regierung genauen Bericht über Angelegenheiten, die mit der politischen Neuordnung in Europa verbunden sind, zu erstatten.

Der Ausnahmezustand in Polen.

M. **Warschau,** 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Grabski hat sich an den Sejmmarschall Rataj schriftlich mit der Bitte gewandt, das Gesetzesprojekt über den Ausnahmezustand zu beschleunigen. Er motiviert seine Bitte mit dem Hinweis auf die öffentliche Sicherheit im Lande. (Es handelt sich offenbar um den Plan, die Sicherheit in den östlichen Wojewodschaften wiederherzustellen. D. Red.)

Die neue Gemeindeordnung.

Warschau, 18. Oktober. In der gestrigen ersten Sitzung des Verwaltungsausschusses des Sejm nach den Ferien wurde die neue Gemeindeordnung angenommen. Danach werden Gemeinden, die bis zu 2000 Einwohner zählen, einen Gemeinderat haben, der aus 16 Mitgliedern besteht, Gemeinden, die bis 5000 Einwohner haben, erhalten einen Gemeinderat von 20 Mitgliedern, Gemeinden bis 8000 Einwohnern einen solchen von 24 Mitgliedern, und Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern einen Rat von 28 Mitgliedern. In Gemeinden von mehr wie 10 000 Einwohnern entfallen auf jede weiteren 5000 Einwohner weiter vier Gemeinderäte. — Wahlberechtigt sollen nach dem Regierungsentwurf alle diejenigen Bürger sein, die das 21. Lebensjahr vollendet haben. Indessen hat die Mehrzahl der Kommissionen einen Antrag der Piasten angenommen, welcher das Wahlalter auf 24 Jahre erhöht. Die Vertreter der Linken brachten einen Antrag der Minderheiten ein, der am Regierungsentwurf festhält. Es wurde beschlossen, daß die Kommission fortan dreimal in der Woche tagt.

Die Verlängerung der Arbeitszeit in Oberschlesien.

M. **Warschau,** 19. Oktober. Im „Dziennik Ustaw" Nr. 91 wird eine Verordnung des Arbeitsministers veröffentlicht, derzufolge die bereits verpflichtende Verordnung über die Verlängerung der Arbeitszeit in den oberschlesischen Hütten von 8 auf 10 Stunden bis 21. Januar 1925 ausgedehnt wird.

Die Zeiten ändern sich ...

Warschau, 17. Oktober. Der frühere polnische Innenminister Kiernik hat, dem „Przegl. Wiecz." zufolge, die Chefredaktion der in Krakau erscheinenden Zeitung „Piast" übernommen.

•

In nächster Zeit wird eine Delegation der polnischen Regierung nach London reisen, um in Verhandlungen mit der englischen Regierung die finanziellen Verpflichtungen Englands gegenüber Polen zu regeln.

M. Der polnische Gesandte in Wien, Lasocki, ist in Warschau eingetroffen. Seine Ankunft steht im Zusammenhang mit seiner Versetzung nach Prag.

Wie unsere Warschauer Redaktion erfährt, nähern sich die Verhandlungen zwischen Polen und Norwegen über den Abschluß eines Handelsvertrages dem Ende. Dieser Tage wird der Vertrag unterzeichnet werden.

Der Abgeordnete Thugutt von der Wyzwoleniepartei ist von seiner Auslandsreise nach Warschau zurückgekehrt und vom Ministerpräsidenten Grabski empfangen worden.

Deutsches Reich.

Ein Weltkriegsdenkmal?

Der Deutsche Reichsrat wählte in seiner Freitag-Sitzung, die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Zweigert stattfand, als Bevollmächtigte für den vorbereitenden Ausschuß zur Errichtung eines Nationaldenkmals für die Gefallenen im Weltkrieg Staatssekretär Weismann (Preußen), Gesandten v. Preger (Bayern), Gesandten Dr. Gradnauer (Sachsen), Minister Dr. Münzel (Thüringen), Bürgermeister Petersen (Hamburg) und Gesandten Freiherr v. Biegeleben (Hessen).

Aus anderen Ländern.

Das Haus Romanow und das Zarenmanifest.

OE. **Paris,** 19. Oktober. (Ost-Expreß.) In den russischen Emigrantenkreisen in Frankreich verlautet, daß die Zarin Maria Feodorowna, die Witwe Alexanders III., ihre Zustimmung zu der Annahme des Zarentitels durch den Großfürsten Kyrill nicht zu erteilen gedenke. Bekanntlich hat ein großer Teil der russischen Großfürsten die Ansprüche des Großfürsten Kyrill auf den Zarentitel bereits anerkannt.

Bromberg, Dienstag den 21. Oktober 1924.

Pommerellen.

20. Oktober.

Graudenz (Grudziądz).

A. **Von der Weichsel.** Der Seitenraddampfer „Stanislaus Konarski" kam Freitag mit einem Fahrzeug im Schlepp aus Danzig und legte unterhalb des Hafens an. Das Fahrzeug hat eine für Warschau bestimmte Heringsladung. Der Schleppzug setzte noch abends seine Fahrt fort. Der Schulzsche Dampfer „Courier" brachte Freitag mit der Bahn angekommene Spankörbe nach Ehrenthal, wo mehrere hundert Zentner Pflaumen verpackt wurden. Diese brachte der Dampfer abends hier an, wo sie zur Bahn verladen werden. Die Pflaumen werden nach Deutschland — Berlin — verladen. In der nächsten Woche wird mit dem Verladen fortgefahren. Freitag abends kam dann noch ein Fahrzeug stromauf. An demselben Tage kamen einige Flöße vorüber. Das letzte blieb nach Passieren der gefährlichen Sperre über Nacht liegen. Abends kam ein Fahrzeug der Strombauverwaltung stromab, das oberhalb der Brückenreste anlegte. Die beiden aus Danzig angekommenen Schleppkähne laden noch die Gaskohlen aus. Der Dampfer „Johanna" wartet auf neue Order. In den Schulzschen Hafen wurde am Freitag ein großer Schleppkahn, der mit Schrott für die Herzfeld-Viktorius-Werke beladen ist, eingebracht. *

□ **Der Sonnabend-Wochenmarkt** war besonders mit Kartoffeln sehr gut beschickt. Auf dem Getreidemarkt waren zwei Reihen Fuhrwerke aufgefahren. Es wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1,80—2,00, Eier 2,40, Kartoffeln 2,00—3,00. Gemüse- und Obstpreise waren im ganzen unverändert. Der Fischmarkt war besser beschickt; die Fischpreise aber sind trotzdem recht hoch. Es wurden gezahlt für: Aale 2,50, Schleie 1,60, Hechte 1,60, Barsche 1,00, Karauschen 80, Plötze 30—70, Bressen 25—90, Krebse 5. Der Fleischmarkt zeigte eine Abschwächung in der Beschickung. Es waren folgende Preise verzeichnet: Schweinefleisch 1,00, Rindfleisch 80, Hammelfleisch 70—80, Kalbfleisch 80. Der Geflügelmarkt war stark beschickt. Es wurden gezahlt für das Paar junge Tauben 1,00—1,20, das Paar junge Hühner 3,00—4,00, Enten lebend 4,00, Gänse lebend 7,00—8,00, Gänse gerupft 60—90 pro Pfund, Enten gerupft 4,00, Puthähne lebend 4,00—7,00, Suppenhühner 3,50. Das Geschäft verlief im allgemeinen schleppend, nur Kartoffeln wurden viel für den Winterbedarf gekauft. *

□ **Der Sonnabend-Schweinemarkt** war recht stark beschickt und besonders Läufer, mastfähige und angemästete Schweine waren viel angeboten. Absatzferkel wurden mit 10—16 zł abgegeben. Das Geschäft verlief aber ziemlich schleppend. *

* **Im Altersheim verstorben** ist, 87 Jahre alt, am Freitag abend einer der ältesten Graudenzer, der frühere Restaurateur Franz Kilian. Er hat jahrelang das städtische Restaurant „Waldhäuschen" bewirtschaftet. Später übernahm er das Kaffee Weinberg. Infolge wirtschaftlicher Notlage mußte er zuletzt Aufnahme im städtischen Altersheim finden. *

A. **Suppenküche.** Für den kommenden Winter tritt wieder die Suppenküche in Tätigkeit. Die Bedürftigen erhalten warme Mittagskost zum Mitnehmen in die Wohnung. Es sind in der Ausgabestelle aber auch Tische und Bänke, so daß diejenigen Bedürftigen, die ihre Wohnung in der Mittagspause nicht aufsuchen können, in der Suppenküche essen können. Es wird auch ein bestimmtes Quantum Brot verteilt. *

* **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht zum Freitag brachen gegen 4 Uhr Diebe in den Laden des Dobroczyńskischen Kurzwarengeschäfts in der Toruńska (Unterthorner Straße) 27/29 ein und stahlen eine größere Menge Wäsche, Strümpfe und Galanteriewaren in ungefährem Werte von 2000 zł. *

*

Vereine, Veranstaltungen usw.

Deutsche Bühne Grudziądz, E. V. Der Umbau und die Vergrößerung der Bühne ist vollständig beendet, so daß die Eröffnungsaufführung bereits auf der vergrößerten Bühne stattfinden wird. Der Saal ist um eine Loge verkleinert worden und wirkt dadurch sehr viel intimer. Außerdem haben die Balkonplätze gegenüber der Bühne ganz bedeutend gewonnen. Da infolge der größeren Bühne die Umbauten jetzt schneller ausgeführt werden können, ist der Beginn der Aufführung erst auf 8 Uhr festgesetzt. Es soll dann jedoch ganz pünktlich begonnen werden. Es empfiehlt sich daher, zeitig zu kommen, so daß die Garderoben noch vor 8 Uhr abgegeben werden können, um nicht evtl. vor verschlossenen Türen bis zum nächsten Akt warten zu müssen. (22031 *

An unsere Graudenzer Leser.

Damit in der Zustellung der „Deutschen Rundschau in Polen" keine Unterbrechung geschieht, empfiehlt es sich, das **Abonnement für Novbr.**

zeitig vor dem 1. Novbr.

bei einer der nachstehenden

Ausgabe-Stellen

aufzugeben, denn die Nummer vom 1. Novbr. wird bereits am 31. Oktober ausgegeben:

Hauptvertriebsstelle, Anzeigen-Annahme und Nachrichten-Dienst:

Arnold Kriedte, Buchhandlung, Mickiewicza (Pohlmannstr.) 3.

Ausgabe-Stellen:

Ewald Giese, Großhandelsgesellsch., Strzelecka (Schützenstr.) 3.
Willy Becker, Drogenhandl., Plac 23 stycznia (Getreidemarkt) 30.
Emil Romey, Papierhandlung, Toruńska (Unterthornerstr.) 16.
Makowski, Friseur, Chełmińska (Kulmerstr.) 40.
Helene Roeder, Papierhandlung, Józefa Wybickiego (Marienwerderstr.) 9.
Jaster, Kolonialwarenhandlung, Koszarowa (Kasernenstraße) 12.
Café Dietz, Lipowa (Lindenstr.) 33.
Gustav Klafft, Bäckerei, **Kl. Tarpen,** Grudziądzka (Graudenzerstr.) 2.
Rindt, Bäckerei, Lipowa 17.

Der Abonnements-Preis für November beträgt 2,75 Złoty. Die „Deutsche Rundschau in Polen" ist die verbreitetste deutsche Zeitung in Polen; Anzeigen darin sind deshalb auch besonders wirkungsvoll. Alle Ausgabe-Stellen nehmen auch Inseraten-Aufträge entgegen.

Geschäftsstelle der Deutschen Rundschau in Polen.

Thorn (Toruń).

‡ **Von der Weichsel.** Sonnabend früh zeigte der Pegel einen Wasserstand von 0,48 Meter über Normal. — Der Schiffsverkehr war sehr gering. Dampfer „Heinrich" brachte einzig und allein einen leeren Kahn von hier nach Silno (Schillno). An Traften passierten drei Stück die Stadt auf der Talfahrt. Man erwartet noch eine Menge Holz aus dem Oberlauf. Oberhalb Schillno sollen z. B. noch etwa 20 Traften liegen. Ihre Weiterfahrt am Sonnabend war wegen des herrschenden starken Westwindes unmöglich. **

‡ **Verlegung einer Straßenbahnhaltestelle.** Es scheint, als ob die Straßenbahnhaltestelle in der ul. Szeroka (Breitestraße), die sich ehemals vor dem früher Menzelschen Hause befand, nach ihrer Verlegung von hier kein stetiges Plätzchen mehr finden soll. Sie hat in der Zwischenzeit bereits mehrmals gewechselt und ist am Sonnabend wieder einmal verlegt worden, und zwar von der bisherigen Stelle gegenüber der Ratsapotheke vor das Kaffeegeschäft von Templin **

‡ **Der Tischlerstreik in Thorn** hält nun bereits die vierte Woche an, ohne daß Aussicht auf seine Beendigung bestände. Verschiedentlich sollen die Streikenden sich um Erlangung von Privatbeschäftigung bemüht haben, um mehr als nur die Streikunterstützung für den Lebensunterhalt zu verdienen. **

‡ **Der frischgestrichene Briefkasten** in der ul. Szeroka (Breitestraße), an dem sich verschiedene Personen beschmutzten, da kein Warnungszettel daran angebracht war, veranlaßt das hiesige Hauptpostamt zu einer Erwiderung im „Slowo Pomorskie". Danach hat das Postamt niemandem den Auftrag zur Neustreichung erteilt, vielmehr hat der Besitzer des Hauses, an welchem der Kasten angebracht ist, diesen auf eigene Kosten neu lackieren lassen, weil er seine Hausfassade erneuern ließ. Er hatte der Postverwaltung keinerlei Mitteilung hierüber gemacht, wohl aber die beiden Öffnungsklappen hochbinden und sowohl auf der rechten als auch linken Seite Warnungszettel anbringen lassen. Sicherlich hat irgend ein „Witzbold" die Zettel abgerissen und sich nachher an den verdutzten Gesichtern der „Angeschmierten" geweidet. **

‡ **Rückständige Uhren.** Am Sonnabend vormittags wurde das Publikum durch den verschiedenen Gang der öffentlichen Uhren auf dem Staromiejski Rynek (Altstädtischen Markt) verwirrt. Die vier Turmuhren des Rathauses sowie die elektrische Normaluhr neben der Adler-Apotheke zeigten eine um eine halbe Stunde spätere Zeit, als die Uhr des Hauptpostamtes und die anderen Normaluhren der Stadt. Gegen ½12 Uhr besann sich dann die Turmuhr des Rathauses, setzte ihre Zeiger mit großem Schwung auf 12 und schlug laut vernehmlich die Mittagsstunde. Dagegen ging die andere Uhr immer noch eine halbe Stunde nach. **

‡ **Ein schwerer Unglücksfall** traf den zehnjährigen Sohn des Herrn Juljan Strąkowski von hier. Beim Getreidedreschen am Roßwerk trieb er das Pferd an, stürzte dabei hin und erlitt solche schwere Beinverletzung, daß seine sofortige Überführung ins städtische Krankenhaus erforderlich war. Hier mußte zur Operation geschritten und dem bedauernswerten Knaben das eine Bein bis zum Knie amputiert werden. **

‡ **Polizeichronik.** In den letztvergangenen Tagen verhaftete die Thorner Polizei nicht weniger als 15 Personen, und zwar wegen Diebstahls, wegen Taschendiebstahls, einen Italiener aus Neapel wegen Hausierhandels ohne Handelspatent, zwei Männer wegen verbotenen Glücksspiels, vier Personen wegen Trunkenheit, darunter eine weibliche. **

‡ **Ein unfreiwilliges kaltes Bad** nahm neulich abends ein Herr, der es außerordentlich eilig hatte, noch mit dem eben abgefahrenen Fährdampfer mitzukommen. Er riskierte den Sprung vom Fährhäuschen auf den bereits in Fahrt befindlichen Dampfer und landete prompt... im Wasser. Auf seine Hilferufe holten ihn am Ufer befindliche Fischer aus dem kalten Element heraus. **

‡ **Landkreis Thorn,** 18. Oktober. In Folgowo (Kreis Thorn) brannte ein dem Besitzer Wisniewski gehöriger Staken mit Zuckerrübensamen ab, wodurch W. großen Schaden erlitt.

---

u **Aus dem Kreise Culm,** 18. Oktober. In Ehrenthal und Grenz wird noch immer Obst verladen. Die Händler zahlen für Pflaumen 12 und für Äpfel (Stettiner) 10 zł für den Zentner. Die Zufuhr der Pflaumen nimmt aber jetzt schon sehr ab. — Sehr schlecht halten sich in der Niederung die eingemieteten Kartoffeln. Hier und da sind die Mieten bereits eingefallen. Die Bestellung konnte noch immer nicht überall beendet werden, da der Boden trotz der letzten günstigen Tage auf vielen Stellen noch recht naß ist.

‡ **Culmsee** (Chełmża), 18. Oktober. Die hiesige Domuhr ist nach langer Ruhezeit wieder in Gang gesetzt worden und verkündet nun wieder wie früher vom Turm des altehrwürdigen Domes die Zeit. Ihre Ziffernblätter haben einen neuen Anstrich erhalten und auch die Zeiger erstrahlen jetzt in neuem Glanze.

* **Czersk,** 18. Oktober. Eine Straßenüberraschung ungewöhnlicher Art gab es kürzlich in der Kosziuszkostraße vor dem Laden des Fleischers K. hier. Die Ziege des Fleischers war unversehens vom Hofe aus in den Laden eingedrungen, und da sie dort keinen offenen Ausweg zur Straße fand, sprang sie durch die Glasscheibe der Ladentür auf die belebte Straße. Die Straßengänger erschraken nicht wenig, als, begleitet vom Geklirr der Glastrümmer, plötzlich das Hornvieh förmlich vor ihre Füße sprang. Der Fleischer aber wurde beglückwünscht, daß das Tier nicht das große Schaufenster gewählt hatte.

* **Dirschau** (Tczew), 18. Oktober. Seinen Verletzungen erlegen ist der Eisenbahn-Aspirant Kuniecki im hiesigen St. Vinzenz-Krankenhause, der, wie gemeldet, auf dem hiesigen Personenbahnhof beim Aufspringen auf den Danziger Zug unter die Räder geriet und dabei schwer verletzt wurde.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 18. Oktober. Vor dem Hause Grojecka 6 versetzte die 36jährige Felicie Nagel ihrem Mann, der ihr das von ihr verdiente Geld abnehmen wollte, um es zu vertrinken, einen so heftigen Messerstich in die rechte Seite, daß er nach dem Krankenhause gebracht wurde, wo er bald darauf starb. Die Frau wurde verhaftet.

*

Aus der Freistadt Danzig.

* **Danzig,** 18. Oktober. Zwei gräßliche Selbstmorde, die eine auffallende Ähnlichkeit miteinander aufweisen, haben sich in den letzten Tagen in der nächsten Umgegend Danzigs, nämlich bei Ohra und bei Oliva abgespielt. Bei Ohra warf sich am Montag abend der 21jährige Schreiber Karl Hinz aus Ohra gegen 7 Uhr in selbstmörderischer Absicht vor den von Danzig nach Praust fahrenden D-Zug. Er hatte sich der Länge nach zwischen die Schienen auf den Bahnkörper gelegt, wurde von der Lokomotive erfaßt und eine beträchtliche Strecke mitgeschleift. Da der Aschkasten der D-Zug-Lokomotiven tief herunterreicht, wurde der Körper des Selbstmörders von Schwelle zu Schwelle geschleift und fürchterlich zerstückelt. Der Kopf wurde gänzlich vom Rumpf getrennt und in mehrere Teile zertrümmert, und auf der ganzen Strecke wurden Teile des Körpers und der Gliedmaßen gefunden. Der Rest des Körpers, der kaum noch eine Spur der Kleidung aufwies, blieb schließlich auf einer etwas ausgehöhlten Stelle des Bahndammes liegen. Was den jungen Mann zu der furchtbaren Tat getrieben haben kann, ist nicht recht ersichtlich. — Ein ganz ähnlicher Fall ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch auf der Strecke Danzig—Altemühle in der Nähe von Oliva. Zwischen dem Bahnwärterhaus 254 und Friedensschluß wurde ebenfalls ein Selbstmörder vom Zuge zermalmt. Dieser hatte sich mit dem Gesicht nach unten quer über die Schienen gelegt und wurde von der Lokomotive etwa 250 Meter mitgeschleift. Auch hier wurde der Körper in gräßlichster Weise zerstückelt. Wie aus den bei der Leiche gefundenen Papieren hervorgeht, handelt es sich in diesem Falle um einen polnischen Staatsangehörigen namens Salo Scharf, über dessen Persönlichkeit die Papiere jedoch keine näheren Angaben aufweisen.

Aufwertungsfragen in Deutschland.

H. Leißner, Berlin.

Hunderttausende warten in dieser Zeit in Deutschland in banger Spannung das Ergebnis der Beratungen des Aufwertungsausschusses des Deutschen Reichstages ab. Sie alle, deren mühsam ersparte Gelder der Inflationszeit zum Opfer fielen, hoffen aus dem Trümmerrest einen Teil noch retten zu können. Die Interessenverbände wollen sich mit der in der dritten Steuernotverordnung vorgesehenen Aufwertung nicht begnügen. Leider sind die Aussichten für eine höhere Aufwertung mehr als gering.

Aufwertung von Pfandbriefen.

Nach § 6 des Artikels 1 der dritten Steuernotverordnung ist für die Aufwertung von Pfandbriefen folgende Regelung vorgesehen: Bei den einzelnen Hypothekenbanken wird für die betreffenden Pfandbriefsausgaben eine sogenannte Tilgungsmasse gebildet. In diese fließen alle zur Tilgung der Hypotheken eingehenden Leistungen, die Zinserträge daraus und schließlich die durch die Anlegung der Teilungsmasse selbst gewonnenen Erträge. Die Hypotheken selbst sind mit 15 Proz. ihres Nennwertes erst im Jahre 1932 zurückzuzahlen. Bis dahin sind sie mit 2 Prozent für das Jahr 1925, 3 Prozent für 1926, 4 Prozent für 1927 und je 5 Prozent für die folgenden Jahre zu verzinsen, wobei sich dieser Zinsfuß natürlich nur auf den Aufwertungssatz von 15 Prozent versteht, nicht etwa auf den Nennbetrag des Pfandbriefes.

Nehmen wir an, daß eine Bank keine Hypotheken zurückgenommen hat bzw. in gleichem Maße Pfandbriefe aus dem Verkehr gezogen hat, so würde im Jahre 1932 den Pfandbriefgläubigern ein Betrag von 15 Prozent, vermehrt um die Zinsen, d. h. von 15 Prozent gleich etwa 4½ Prozent, insgesamt also 19½ Prozent des Nominalbetrages ihrer Pfandbriefe zur Verfügung stehen.

Zurzeit liegen nun die Verhältnisse so, daß die Hypothekenschuldner mit allen Mitteln versuchen, ihre Hypotheken zu beseitigen und in zahlreichen Fällen den Hypothekenbanken sofortige Zahlung des Aufwertungsbetrages von 15 Prozent angeboten haben. Nur dann dürfte es den Schuldnern gelingen, neue Goldhypotheken auf ihren Besitz zu erlangen. Da nun die Banken doch mit der Möglichkeit einer späteren höheren Aufwertung rechnen müssen, geben sie zumeist ihren Schuldnern auf, ein entsprechend Mehrfaches des Hypothekenbetrages anzukaufen und der Bank auszuhändigen. Hauptsächlich aus diesem Grunde wird an der Börse das Material an Vorkriegshypothekenpfandbriefen immer knapper. Noch schärfer ist dies bei den landschaftlichen Pfandbriefen der Fall. Auch bei den Industrieobligationen liegen die Verhältnisse ähnlich, weil auch hier die Ausgabe neuer Schuldverschreibungen vor Beseitigung der alten sehr erschwert ist.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen wird weder bei landschaftlichen Pfandbriefen noch bei Hypothekenpfandbriefen ein Unterschied zwischen gekündigten und ungekündigten Stücken gemacht. Von Bedeutung ist noch, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen mit der Ausschüttung der den Pfandbriefgläubigern zukommenden Beträge nicht etwa bis zum Jahre 1932 gewartet werden soll, sondern daß eine solche Ausschüttung erfolgen muß, sobald sich in der Teilungsmasse entsprechende Barmittel befinden. Die Hypothekenbanken sollen ferner berechtigt sein, den Pfandbriefbesitzern Vorschläge hinsichtlich einer Abfindung in Goldpfandbriefen zu unterbreiten.

Aufwertung von Lebensversicherungen.

Zu diesem Zwecke ist von jeder Versicherungsgesellschaft ein Treuhänder unter Aufsicht des Reichsaufsichtsamtes zu berufen. Dieser erhält für seine Tätigkeit eine Entschädigung aus dem Aufwertungsstock. Es wäre sicher kein unbilliges Verlangen, wenn man den Versicherungsgesellschaften kostenlose Mitarbeit an dem Aufwertungsprozeß zur Pflicht gemacht hätte.

Die Tätigkeit der Treuhänder besteht darin, die geltend gemachten Ansprüche mit dem zur Verfügung stehenden Aufwertungsstock in ein bestimmtes Verhältnis, sie gewissermaßen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Hierzu ist die Feststellung aller in Betracht kommenden Ansprüche, sowie der zur Verfügung stehenden Vermögenswerte, die den Aufwertungsstock bilden sollen, erforderlich. Für die Aufwertung kommen in Betracht sämtliche Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen, Kapitalversicherung, Renten, Invaliditäts-, Alters-, Witwen-, Waisen-, Aussteuer- und Militärdienstversicherungen, soweit sie vor dem 14. Februar 1923 begründet sind. Zur Feststellung aller dieser Ansprüche ist eine öffentliche Aufforderung noch zu erwarten.

Die aufzuwertenden Vermögensbestandsteile der Versicherungsgesellschaften, der Aufwertungsstock bestehen aus den Prämienreserven. Diese sind durchweg seitens der Gesellschaften angelegt in Hypotheken, Pfandbriefen, Staats- und Kommunalanleihen, seit 1923 auch in Industrieobligationen und in gewissen Sorten von Aktien. Von großer Wichtigkeit ist es, daß die Versicherungsgesellschaften auf Verlangen der Aufsichtsbehörde aus ihrem sonstigen Vermögen Beiträge zu dem Aufwertungsstock leisten müssen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Gesellschaften mit ihren Geldern, gerade in der Inflationszeit, sehr vorsichtig operiert haben. Es steht zu erwarten, daß seitens der großen Versicherungsgesellschaften namhafte Zuschüsse geleistet werden

Sind nun so Aktiva und Passiva für den bevorstehenden Ausgleich endgültig festgelegt, so erfolgt die Errechnung der Quote und danach die Aufstellung eines Verteilungsplanes, der dem Aufsichtsamt zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen ist. Eine Sonderbestimmung ist vorgesehen für Versicherungen, die nach dem 1. Januar 1919 abgeschlossen sind. Hier kann anstatt der Auszahlung in barem Gelde eine entsprechende beitragsfreie Versicherung auf Wunsch der Gesellschaft eintreten. Mit der Genehmigung des Reichsaufsichtsamtes ist nun die Tätigkeit des Treuhänders beendigt.

Die Aufwertungsanträge müssen bis 31. Dezember 1924 bei der Aufwertungsstelle gestellt werden. Diese ist das zuständige Amtsgericht. Für die großen Berliner Versicherungskonzerne dürfte meistens das Amtsgericht Berlin-Mitte, Abteilung 113, in Betracht kommen. Es empfiehlt sich, die Anmeldung sowohl bei der Versicherungsgesellschaft, wie beim zuständigen Amtsgericht zu bewirken. Ist eine Einigung zwischen Gläubiger und Schuldner nicht zu erzielen, so hat die Aufwertungsstelle den Versuch einer gütlichen Einigung zu machen. Gegen die Entscheidung des Amtsgerichts findet die sofortige Beschwerde (Frist zwei Wochen) an das Kammergericht statt. Sie kann sich nur auf eine Rechtsverletzung stützen.

Was nun die Auszahlung selbst anbelangt, so kann man annehmen, daß ca. 25—30 Prozent der eingezahlten Prämien in bar zur Ausschüttung gelangen werden. Die Tendenz der Versicherungsgesellschaften, die über ein großes Vorkriegsgeschäft verfügten, geht nun dahin, einen Teil dieses Vorkriegsgeschäftes in die Zukunft hinüberzuretten, d. h. die alten Verträge unter abgeänderten Bedingungen wieder aufleben zu lassen. Hierfür werden den Versicherungsteilnehmern große Erleichterungen gewährt, herabgesetzte Prämienbeiträge, eine Anzahl beitragsfreier Jahre usw. In diesem Falle kommen die Gesellschaften um die sofortige Auszahlung der aufgewerteten Ansprüche herum.

Für Sparkassenguthaben genügt die rechtzeitige Anmeldung bei der Sparkasse selbst.

Kriegsanleihe.

Bis vor kurzem, noch vor drei Monaten, stand die Kriegsanleihe recht niedrig im Kurs, auf ungefähr 100 Milliarden gleich 10 Goldpfennigen. Trotzdem die Aussichten für eine Aufwertung mehr als gering waren, da das Reich wiederholt erklärt hatte, daß es an eine Aufwertung nicht denken könne, wurde sie doch das beliebteste Spekulationsobjekt der Börse. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß die gewerbsmäßige Spekulation Unsummen an Kriegsanleihestücken verdient, aber auch verloren hat. Sprunghaft zog der Kurs von 100 bis auf 1600 Milliarden an. Schwankte jedoch hin und her, je nachdem die Gerüchte über eine Aufwertungsmöglichkeit lauteten, ging herunter bis auf 400 Milliarden und steht augenblicklich auf 500 Milliarden. In den jetzigen Verhandlungen des Aufwertungsausschusses machte das Reich nun folgendes Zugeständnis: Es werden jährlich 40 Millionen Goldmark, die aus der Obligationssteuer eingehen, für eine Teilaufwertung öffentlicher Anleihen, **die ihren Besitzer nachweislich nicht gewechselt haben**, bewilligt. Hierunter fällt natürlich auch die Kriegsanleihe. Hier soll die Teilaufwertung den Sozialrentnern zugute kommen, die ein Opfer der Inflationszeit geworden sind. Vom sozialen Standpunkt aus ist es nur zu begrüßen, daß man durch diese Bestimmung die Spekulation ausgeschaltet hat und die Aufwertung nur dem rechtmäßigen alten Besitz zugute kommen lassen will. Doch soll man sich hüten, sich übertriebenen Hoffnungen betr. der Höhe der erfolgenden Aufwertung hinzugeben.

Zurzeit ist die Kriegsanleihe also ein schwer zu realisierendes Papier. Doch wird späterhin das Reich, sobald es seine Finanzlage gestattet, unbedingt an eine höhere Aufwertung heranschreiten müssen. Zu bedenken ist ferner, daß bereits 1918 und 1919, als die Verkäufe aus Heeresbeständen stattfanden, bei denen Kriegsanleihestücke zu pari in Zahlung genommen wurden, eine beträchtliche Anzahl Anleihestücke an das Reich zurückgingen, daß ferner in diesem Jahre trotz aller Ableugnungsversuche seitens des Reichs große Ankäufe hierin getätigt wurden und daß endlich, wie bereits gesagt, sich die Aufwertung nur auf den nachweislich alten Besitz erstreckt. So dürfte die Zukunft der Kriegsanleihe nicht gar zu trüb ausschauen, allerdings erst in der Zukunft.

Erneuern Sie

Ihre **Post-Bestellung** auf die Deutsche Rundschau

für November 1924

möglichst **sogleich** bei Ihrem Postamt, damit die regelmäßige Zustellung nicht unterbrochen wird.

Handels-Rundschau.

Gründung eines Holzexportinstituts in Danzig.

Diese Zentralstelle für Holzexportberatung wurde gegründet, um die Holzexportkreise über die in den Nachkriegsjahren gänzlich veränderten Wirtschaftsverhältnisse in den Importländern, sowie über alle einschlägigen neuaufkommenden Fragen im Holzexport mit fertigem, gesichtetem Informationsmaterial zu versorgen, um die alten Handelsbeziehungen zwischen Exporteuren und Importeuren weiter auszubauen und neue anzuknüpfen, und um das gegenseitige Vertrauen zwischen Importeur und Exporteur durch zweckmäßige Informationen und Orientierung zu stärken.

Der juristischen Form nach ist das Holzexportinstitut ein eingetragener Verein, dessen Mitglieder sich aus Einzelpersonen, Firmen, Körperschaften, sowie behördlichen Institutionen zusammensetzen.

Die Aufgaben des Holzexportinstituts sind folgende: 1. Auskunftserteilung, Beratung in allen Handels-, Rechts- und technisch-praktischen Fragen des Holzexports; 2. Verbänden, Körperschaften, Behörden, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Institutionen wird statistisches und jedes andere Material über Zoll, Tarife, Gesetze, Verordnungen usw. zur Verfügung gestellt. 3. Einholung von Informationen aus dem Auslande. 4. Eingehende Berichterstattung über den Holzexport und -Import, über die Produktion, Nachfrage, technische Bedingungen, Marktlage usw. 5. Herausgabe von einschlägigen Broschüren, Zeitschrift und Spezialarbeiten. 6. Fachmännische Beratung beim Bau und der Einrichtung von Holzbearbeitungswerken. 7. Veranstaltung von wissenschaftlichen und praktisch-technischen Vorträgen und Konferenzen zur Förderung und Herbeiführung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Exporteuren und Importeuren, ebenso auch zwischen den Exporteuren der einzelnen Gebiete und Staaten. 8. Orientierung über schwebende Kreditfragen. 9. Bekanntgabe aller technischen Neuerungen auf dem Gebiete der rationellen Holzwirtschaft.

Die Hauptgeschäftsstelle befindet sich vorläufig in den Räumen des Verbandes der Holzindustriellen Danzig-Pommerellen und der Holzexporteure e. V., Danzig, Elisabethwall 9.

Eisenbahnmaterial aus Polen will nach einer Meldung die türkische Eisenbahnverwaltung kaufen, und zwar etwa 3000 Waggons verschiedener Typen. Außerdem hat die anatolische Eisenbahndirektion dem polnischen Komitee von der Konstantinopeler Ausstellung den Vorschlag gemacht, die Wagen, die die Ausstellungsgüter brachten, zu kaufen.

Veräußerung staatlicher Sägewerke in Polen. Die polnische Regierung hat sich entschlossen, eine Reihe der im Besitz der Staatsverwaltung befindlichen industriellen Betriebe an private Betriebe zu verkaufen. Unter die zum Verkauf gelangenden Staatsbetriebe und Staatsbeteiligungen fallen auch neun Sägewerke mit ca. zwanzig Gattern und Nebenmaschinen in Kielce, Zawadowek, Matcz, Sawlowek, Narewka, Olesowka, Olyka, Dorohusk und Przyborowo.

Straßenbahnbaukonzession in Reval. Das Revaler Stadtamt hat, wie der „Ost-Expreß" meldet, beschlossen, die Konzession zum Bau eines elektrischen Straßenbahnnetzes unter gewissen Bedingungen einer belgischen Gesellschaft zu überlassen. Die Stadt will die elektrische Kraftstation in ihrer Hand behalten, den Strom dagegen zu einem Minimaltarif abgeben. Ferner bedingt sich die Stadt das Recht aus, die Konzession nach Ablauf von fünf Jahren jederzeit zurückkaufen zu können. Von der Reineinnahme soll die Stadt 5 Prozent erhalten.

Die Wirtschaftslage des Memelgebiets.

Memel, 17. Oktober. PAT. Das „Memeler Dampfboot“ schreibt in Besprechung der Wirtschaftslage des Memelgebiets u. a. folgendes: In Memel herrschte, solange das Land nicht zu Litauen gehörte, Wohlstand. Heute sehen die Verhältnisse ganz anders aus. Der Hafen gewährt einen geradezu verzweifelten Anblick. Litauen versprach sehr viel, hat jedoch bis jetzt nichts gehalten. Im Zusammenhang mit der Registrierung der Memeler Konvention im Völkerbund fordert das Blatt die Durchführung der Wahlen zum Kownoer Sejm im Memeler Territorium. Die Sozialdemokraten brachten in dieser Angelegenheit im Kownoer Sejm eine Interpellation ein, die jedoch verworfen wurde.

Die verbotene Nationalhymne.

Bei einer Schauspielvorstellung im Königl. Theater in Kopenhagen demonstrierte man gegen eine neue Verordnung, nach der die Nationalhymne nicht mehr zu Beginn der Vorstellung gespielt werden darf. Das ganze Parkett erhob sich und stimmte ohne Musik die Nationalhymne an. Sogar einzelne sozialistische Minister sangen zu Anfang mit, wurden jedoch von ihren Kollegen an den Rockzipfeln zurückgezogen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 20. Oktober.

Frosch-Mäusekrieg.

Gewisse Stimmführer im hiesigen polnischen Lager sind sich in die Haare geraten und traktieren einander mit Liebenswürdigkeiten. Der „Dziennik Bydg.“ ist mit dem Stadttheater unzufrieden und sagt ihm — ob berechtigt oder unberechtigt, wollen wir nicht entscheiden — gehörig die Wahrheit, worauf natürlich die Schauspieler, offensichtlich auf Anregung ihres Direktors, sofort gegen das Blatt das gröbste Geschütz auffahren. Eine zweite Kontroverse ist zwischen demselben Blatte und dem bekannten Herrn Nybicki entstanden, die gefährlich zu werden droht, da Herr Rybicki neuerdings sehr blutdürstig geworden ist, — wir erinnern nur an seine Forderung der Standgerichte und der Todesstrafe für Schieber und Wucherer. Vorläufig nimmt der Streit noch einen unblutigen Verlauf, aber nach den Freundlichkeiten, die man sich gegenseitig in den Zeitungsspalten und an den Anschlagssäulen an den Kopf wirft, kann man nicht wissen. Gefährlich ist's, den Leu zu wecken ... Frosch-Mäusekrieg. Wir würden davon keine Notiz nehmen, aber ein Satz in dem Protest der Schauspieler an den Anschlagssäulen gegen den „Dziennik“ verdient festgenagelt zu werden. Darin wird nämlich dem „Dziennik“ vorgeworfen, daß er die Entdeutschungstätigkeit des Stadttheaters durch seine Stellungnahme diesem Institut gegenüber verlangsame. So, so! Also auch das Stadttheater steht im Dienste der Entdeutschung. Das ist nicht uninteressant angesichts der Tatsache, daß das Stadttheater aus städtischen Mitteln, an deren Aufbringung die Deutschen in der Stadt nicht unbeträchtlich beteiligt sind, subventioniert wird.

Der Streik der Bauarbeiter in Bromberg.

Die streikenden Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter hielten am gestrigen Sonntag im Arbeiter-Kasino eine starkbesuchte Streikversammlung ab, in der Bericht über die Lohnverhandlungen im Hotel Adler gegeben wurde. Die Streikenden fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes von 75 Gr. auf 1,10 Złoty, wofür bereits, wie uns aus den Arbeitnehmerkreisen berichtet wird, ein Drittel der Bauarbeiter arbeitet, da zehn Unternehmer und Bauherren die Forderungen der Streikenden bewilligt haben. Die Unternehmer boten für die Maurer und Zimmerer 83 und 85 Gr. die Stunde, für die Bauhilfsarbeiter wollen sie nichts zulegen. Daher wurde, wie uns weiter gemeldet wird, fast einstimmig beschlossen, weiter zu streiken.

Im Anzeigenteil veröffentlichen beide Parteien Mitteilungen über den Streik und ihre Stellungnahme dazu.

---

§ **Zum Ehrendoktor der Theologie** ernannt wurde durch die theologische Fakultät der Universität Marburg der Pfarrer Karl Greulich in Posen. Herr Greulich hat sich bekanntlich um die Pflege der Bachschen Kirchenmusik außerordentliche Verdienste erworben, und er ist der Begründer und langjährige Leiter des Posener Bachvereins, der durch seine großen Kirchenkonzerte in weiten Kreisen bekannt geworden ist, auch in Bromberg durch die vor zwei Jahren erfolgte Aufführung der „Matthäus-Passion“.

§ **Umsatzsteuer für Ausländer in Polen.** Nach Mitteilungen des Auswärtigen Amts ist von der polnischen Steuerbehörde klargestellt worden, daß, wenn der in Polen befindliche Vertreter einer ausländischen Firma Waren aus einem Konsignationslager in seinem Namen verkauft, er die volle Umsatzsteuer sowohl vom Fakturenbetrag, wie von der ihm zustehenden Provision zu entrichten hat. Verkauft er dagegen diese Ware vom Konsignationslager im Namen der von ihm vertretenen ausländischen Firma, d. h. wenn die Faktura von dieser ausländischen Firma ausgestellt worden ist, dann ist die Umsatzsteuer nicht vom Fakturenbetrag, sondern nur von der Provision zu entrichten. Es wird darauf hingewiesen, daß es sich dringend empfiehlt, den Vertretervertrag zwischen der ausländischen Firma und ihrem polnischen Vertreter am Sitz dieser Firma notariell beglaubigen und vom polnischen Konsulat legalisieren zu lassen. Diesen Originalvertrag muß der polnische Vertreter alsdann bei der polnischen Steuerbehörde versteuern und eine in Polen notariell beglaubigte Abschrift anfertigen lassen. Diese letztgenannte Abschrift ist der polnischen Finanzbehörde vorzulegen.

§ **Neue Fünfzlotyscheine.** Ohne vorherige Ankündigung durch die Behörden ist, wie polnische Blätter melden, eine zweite Emission der Fünfzlotyscheine ausgegeben worden, die bedeutende Unterschiede gegenüber der ersten zeigen. Zunächst befinden sich auf der Vorderseite drei Unterschriften statt wie früher zwei. Auf der Rückseite hat der Vermerk, daß die Billetts der Bank Polski ein rechtmäßiges Zahlungsmittel sind, eine andere Fassung erhalten. Da keine öffentliche Bekanntgabe von der neuen Emission erfolgt war, die das Datum vom 15. Juli 1924 trägt, während die alte vom 28. Februar 1919 datierte, so wurden die neuen Scheine vielfach als Falschgeld angesehen.

§ **Am Tage „Allerseelen“** — 2. November — und am Vorabend dieses Tages, der bekanntlich für die Katholiken die Bedeutung des Totenfestes hat, sind öffentliche musikalische theatralische und ähnliche Veranstaltungen verboten. Erlaubt sind nur kirchliche Konzerte (Oratorien usw.).

§ **Die Bäckerinnung** teilt mit, daß an Stelle des Obermeisters Herrn Burzyński, der sein Amt niedergelegt hat, Herr Hojka zum Obermeister, und Herr Fr. Zwierzycki zum Schriftführer gewählt wurde.

§ **Um 2000 Złoty geschädigt** wurde durch einen Schwindler ein Kaufmann in der Elisabethstraße (Sniadeckich). Ein ihm unbekannter Mann, der sich als ein Gutsbesitzer Koslowski aus dem Kreise Gnesen vorstellte, bot dem Kaufmann einen Waggon Roggen an, der laut Ausweis eines Frachtbriefes auf der Station Jankowo zur Absendung bereit lagern sollte. Der Kaufmann vertraute diesen Angaben und erwarb den Roggen durch Zahlung von 2000 Złoty. Nunmehr stellte sich, da der avisierte Roggen immer noch nicht eintreffen wollte, heraus, daß der Kaufmann dem Trick eines Schwindlers zum Opfer gefallen war. — Der verlustreiche Fall möge als dringende Warnung dienen, gegenüber anscheinend vorteilhaften Angeboten unbekannter Leute die größte Vorsicht zu üben.

§ **Diebstähle.** In der Nacht zum Sonntag wurden einem Herrn Anton Kosmieja, Danziger Straße (Gdańska) 75b, fünf wertvolle Rassehühner gestohlen. — In derselben Nacht wurde mittels Einbruchs in der Frankeschen Badeanstalt ein Posten Wäsche entwendet. Auch eine Kassette wurde mitgenommen, in der die Täter wohl Geld vermuteten, während sie tatsächlich nur Badekarten enthielt.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Deutsche Bühne Bydgoszcz T. z. Der morgige Eröffnungstag der Spielzeit ist für unsere Bühne ein Festtag von weitstrahlender Bedeutung und zugleich ein Merkstein in ihrer Geschichte: die größte Dichtung unserer Literatur, Goethes Fausttragödie, wird auf den Brettern, die bei uns jetzt als die „weltbedeutenden“ anzusprechen sind, zum ersten Male in die szenische Erscheinung treten, wird das Füllhorn ihrer Poesien und geistigen Werte auf jeden ausschütten, der solchen Genusses teilhaftig werden will. Es wäre unzweckmäßig und wenig gerecht, wollte man nur Skepsis und Kritik hervorkehren, wenn unsere Bühne sich strebend bemüht, ihre reifenden Fähigkeiten mit schuldiger Ehrfurcht auch in den Dienst der schönsten Dichtung unseres größten Dichters und Denkers, um den die Welt uns beneidet, zu stellen, denn der Erfolg scheint ihr recht zu geben: Die technischen Schwierigkeiten hat die Inszenierung mit Erfolg überbrückt durch Zuhilfenahme geeigneter Neuerungen, von denen z. B. auch die neuartige Behandlung des bei uns nicht zu unterschätzenden Beleuchtungsproblems nicht unerwähnt bleiben soll. Die heutige Inszenierungskunst liebt es in zunehmendem Maße, dramaturgisch wichtige Szenen auch für das Auge besonders hervorzuheben: sie setzt solche z. B. in eine verstärkte und gegen unwesentliche Elemente des Bühnenbildes abgegrenzte Beleuchtung, um so die Aufmerksamkeit auch optisch auf sie zu konzentrieren und dadurch ihre Wirkung zu unterstreichen. Unsere Bühne hat einen der neuen Apparate, die für diesen Zweck besonders konstruiert worden sind, aus Deutschland eingeführt und ist bisher das einzige damit ausgestattete Sprechtheater in Polen. — Die morgige Erstaufführung wird ausnahmsweise bereits um 7 Uhr beginnen (nicht, wie bisher angezeigt, um 7½ Uhr). (22056

Stadttheater. Dienstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, einmaliges Gastspiel des berühmten „Geigenkönigs“ Henri Marteau. — Im erstklassigen Programm: Sarassate, Par Aulin, Brahms, Dworzak, Marteau. — Am Bechsteinflügel Prof. E. Pierremont. — Karten von 1—6 Zł. — Theaterkasse 10—1 und 5—8 Uhr. — Telephon 1138. (22059

* * *

* **Inowrocław,** 18. Oktober. Ein größerer Diebstahl wurde in der Nacht auf den 16. d. M. im Tabakwarengeschäft des Herrn Stojaczyk, an der ul. Dworcowa 5, verübt. Zwei Diebe drangen nach Zertrümmerung einer Fensterscheibe in das Hofgebäude und stahlen 55 000 Zigaretten, 5 Kilogr. Tabak Xanti, 800 Zigarren, 7 Mappen, 7 Etuis, 5 Portefeuilles und 64 Złoty in barem Gelde sowie andere Gegenstände im Gesamtwerte von 2700 Złoty. Die Polizei ist den Dieben bereits auf der Spur.

* **Krotoschin** (Krotoszyn), 16. Oktober. Auf dem letzten Jahrmarkt trugen Personen Tafeln mit polnischen Inschriften: „Kauft nicht bei Juden! Jeder zu den Seinigen!“ und andern verhetzenden Inhalts auf dem Marktplatze.

* **Posen (Poznań),** 18. Oktober. Auf dem Freitag-Wochenmarkt zahlte man für das Pfund Landbutter 2,00—2,20 zł, für die Mandel Eier 2,50 zł, für das Pfund Birnen 20—25 gr, Äpfel 25 gr, Schweinefleisch 1,10—1,20 zł, für eine mittelschwere Gans 7 zł, für eine Ente 4 zł.

* **Posen** (Poznań), 17. Oktober. Ungewöhnliches Pech hatte hier ein junger Mann, der bei der Kriminalpolizei erschien, um einen an ihm auf der Straßenbahn begangenen Taschendiebstahl anzuzeigen. Als er dem protokollierenden Beamten seinen Namen nannte, stutzte dieser; er griff nach einem Aktenstück und stellte fest, daß der Bestohlene schon seit längerer Zeit von der Staatsanwaltschaft wegen verschiedener erheblicher Vergehen steckbrieflich gesucht werde. Er konnte nun dem Untersuchungsrichter zugeführt werden.

Kleine Rundschau.

* **Wieviel in Holland geraucht wird.** Durch das Banderolensystem läßt sich in Holland der Verbrauch an Zigaretten statistisch genau nachprüfen. Nach Angaben des Statistischen Zentralblatts wurden 1923 insgesamt 1 060 000 000 Zigarren in den Handel gebracht, was einen Kleinhandelspreis von fast 80 Millionen Gulden verkörpert. Der größten Beliebtheit erfreuten sich die 10-Cents-Zigarren (227 Millionen), an zweiter Stelle die 8-Cents-Zigarren (218 Millionen). An Zigaretten wurden 2 000 000 000 im Werte von reichlich 36 Millionen Gulden in den Handel gebracht. Am besten ging die 1-Cent-Zigarette (644 Millionen). An Pfeifentabak wurden insgesamt 12 800 000 Kilogramm in den Handel gebracht.

* **Die Ehescheidungskandidatin im Käfig.** In Paris werden in Zukunft Frauen, die sich von ihren Männern scheiden lassen wollen, in einem Warteraum, der mit Eisengittern geschlossen ist und bedenklich an einen Käfig erinnert, verweilen müssen, bis ihre Verhandlung an der Reihe ist. Bisher gab es gewöhnliche Warteräume für die Männer und Frauen, aber es fanden so viele heftige Zusammenstöße zwischen wutentbrannten Frauen und ihren Ehemännern statt, daß die Justizbehörden sich veranlaßt sahen, etwas zum Schutze der bedrohten Männer zu tun. Es war ein ganz gewöhnliches Ereignis, daß man eine Frau aus ihrem Wartezimmer herausstürzen und in das Wartezimmer der Männer dringen sah, wo sie über ihren Gatten herfiel und ihn oft nicht unerheblich verletzte. Allerdings kam auch, wie ein Gerichtsberichterstatter um der Gerechtigkeit willen feststellt, der umgekehrte Fall vor, daß ein wütender Mann in das Wartezimmer der Frauen eindrang, und vor der leidenschaftlich teilnehmenden Zuhörerschaft der übrigen Frauen eine allzu lebhafte Diskussion über seine häuslichen Wirren mit seiner Frau begann. Diesem bösen Schauspiel soll nun durch die Abschließung der Frauen ein für allemal ein Ende bereitet werden.

* **Ist der Magen entbehrlich?** Diese Frage kann bejaht werden, nachdem es deutschen Chirurgen gelungen ist, in zwei Fällen den schwer erkrankten Magen durch Operation völlig zu entfernen und die Patienten am Leben zu erhalten. Auf einem Chirurgenkongreß in Berlin wurde über diese Fälle ausführlich berichtet. Daß ein Leben ohne Magen möglich sei, stand allerdings schon vorher außer Zweifel. Der Zwölffingerdarm und die folgenden Darmabschnitte sind imstande, die Verdauungsarbeit des Magens mit zu übernehmen. Schon in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war es dem großen Wiener Chirurgen Billroth gelungen, große Teile des Magens zu entfernen. Die Diät des so operierten Kranken mußte natürlich recht vorsichtig gehandhabt werden, aber allzu große Entbehrungen brauchte er sich doch nicht aufzuerlegen. Die Entfernung des gesamten Magens war aus rein technischen Gründen bisher nicht möglich. Diese technischen Schwierigkeiten sind nun überwunden und die Entfernung des gesamten Magens damit zu einer möglichen, wenn auch sehr gefährlichen und schwierigen Operation geworden. Ein solcher Eingriff kommt natürlich auch nur bei ganz verzweifelten Krankheitszuständen, wie beim Magenkrebs, in Betracht.

* **Ein anspruchsvoller Mann.** Der Direktor einer umziehenden Schauspielertruppe sandte an eine Firma in Pest, von der er Kulissen, Maschinerien usw. bezog, folgenden Brief: „Wir sind in Balatun Füred angelangt, und alle Sachen sind nach und nach eingelaufen. Ihr Bote hat uns den Schnee und Hagel unversehrt abgegeben, einen Tag später kamen die Sturmwinde; ein Zephir ist unterwegs verlorengegangen. Leider ist der Donner geplatzt, und wir haben ganz schadhafte Blitze zusammenlöten müssen. Die bestellten Flüsse und das Meer lassen Sie zu Wasser schicken, da so die Kosten billiger sind. Vergessen Sie nicht die neuen Wolken und die neue Sonne; vor allem aber senden Sie einen Wasserfall, der unsrige ist verbrannt. Auch bitte ich um ein paar Meter Wald und 20 Meter klare Luft.“

Handels-Rundschau.

Die Verfügung über die zollfreie Mehleinfuhr nach Polen war bekanntlich bis zum 15. d. M. befristet worden. Wie das Warschauer Finanzministerium soeben bekanntgibt, wird Roggen, Weizen und Maismehl auch weiterhin zollfrei eingeführt werden können.

Zu einer Streikkrise in Polen entwickeln sich allmählich die Lohnverhandlungen in verschiedenen Industriegebieten. Die Boryslauer Naphthaindustrie, die eine Lohnherabsetzung um 20 Prozent erstrebte, sich schließlich aber zur Weiterzahlung der bisherigen Löhne entschloß, hat noch keinen endgültigen Frieden mit ihren Arbeitern geschlossen. Der Metallarbeiterstreik in Lublin währt schon über zwei Wochen, ohne Aussicht auf Beendigung. Der Abbruch der Verhandlungen mit dem Bergarbeiterverband hat im Dombrowaer Revier starke Streiklust ausgelöst. Mit dem vom Kattowitzer Schiedsgericht gefällten Spruch sind weder die Berg- und Hüttenarbeiter, noch die Industriellen in Polnisch-Oberschlesien zufrieden. Auch hier herrscht Streikstimmung.

Der rumänische Transitverkehr durch Polen war ursprünglich, nachdem mit zunehmender Konsolidierung der Verhältnisse eine Regelung überhaupt hatte stattfinden können, sehr stark, hatte aber zu Beginn dieses Sommers fast ganz aufgehört. Die rumänischen Transporte wurden, insbesondere soweit die stärker gewordene Nachfrage aus Österreich und der Schweiz zu befriedigen war, über Budapest und Wien geleitet, oder soweit ein Export nach anderen west- und mitteleuropäischen Staaten in Frage kam, auf dem Seeweg über Galatz. Die Schuld daran lag nicht zum wenigsten an den polnischen Eisenbahntarifen, die weit höher waren, als die tschechoslowakischen, ungarischen und österreichischen. Dadurch entstand den polnischen Eisenbahnen naturgemäß ein außerordentlich großer Einnahmeausfall. Zur Wiederbelebung dieses Transitverkehrs wurde deshalb in einer polnisch-rumänischen Eisenbahnkonferenz, die Ende Mai in Lemberg stattfand, die Einführung unmittelbarer Tarife für den Personen- und Güterverkehr zwischen Polen und Rumänien, sowie direkter Verbindungen auf den Linien Kolomea—Horodenka, Jasienow—Polny—Stefanesti und Czortkow—Zaleszczyki—Stefanesti beschlossen. Diese Konvention soll jetzt eine Erweiterung erfahren, wozu in diesen Tagen eine neue Konferenz polnischer und rumänischer Eisenbahnvertreter anberaumt wurde. Hierbei sollte nicht nur der Verkehr besser reguliert, sondern auch eine Ermäßigung der Eisenbahntarife nach Rumänien herbeigeführt werden, um vor allem den rumänischen Transitverkehr wieder mehr nach Polen zu ziehen. Wie wir hören, wird für rumänisches Getreide ein Ausnahmetarif gewährt werden, der um etwa 20 Prozent niedriger ist als der gewöhnliche.

Schwere Krise im rumänischen Holzexport. Lemberg, 16. Oktober. Aus Bukarest wird berichtet, daß eine Abordnung der Holzindustriellen beim Handelsminister vorsprach, um Beschwerde über die hohen Ausfuhrgebühren zu führen, da infolge der hohen Gestehungskosten und der hohen Abgaben ein Absatz der rumänischen Holzprodukte namentlich im nahen Orient, dem Hauptausfuhrgebiet, zurzeit gänzlich ausgeschlossen sei. Die rumänische Holzindustrie ist nahe daran, von der Konkurrenz fast ganz erdrückt zu werden. Der Handelsminister versprach, seinen ganzen Einfluß aufzuwenden, damit die Ausfuhrgebühren baldigst ganz aufgehoben werden.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 18. Oktober. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 25,06, 25,18—21,94; Holland 203,45, 204,45—202,45; London 23,28, 23,40—23,17; Neuyork 5,18½, 5,21—5,16; Paris 27,20, 27,33—27,07; Prag 15,47½, 15,55—15,40; Schweiz 99,82, 100,32—99,33; Wien 7,32½, 7,35—7,28; Italien 22,75, 22,86—22,64. — Devisen: Dollar der Vereinigten Staaten 5,18½, 5,21—5,16.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 18. Oktober. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Rentenmark 132,917 Geld, 133,583 Brief; 100 Złoty 107,53 Geld, 108,07 Brief; 1 amerikanischer Dollar 5,571 Geld, 5,599 Brief; Scheck London 25,07 Geld, 25,07 Brief. Telegr. Auszahlungen: Warschau 100 Złoty 106,98 Geld, 107,52 Brief.

Die Bank Polski zahlte heute für 1 Goldmark 1,22 Zł., 1 Dollar, große Scheine 5,16 Zł., kleine Scheine 5,11 Zł., 1 Pfund Sterling 23,05 Zł., 100 franz. Franken 26,75 Zł., 100 Schweizer Franken 98,49 Zł.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Effektenbörse vom 18. Oktober. Kurs für 1000 Mk. nom. in Złoty. Bankaktien: Bank Kwilecki, Potocki u. Co. 1.—8. Em. 3,70. Bank Przemysłowców 1.—2. Em. 4,00. Bank Zw. Spół. Zarobk. 1.—11. Em. 7,00. Bank Młynarzy 1.—2. Em. 0,65. — Industrieaktien: Browar Krotoszyński 1.—5. Em. 2,00. H. Cegielski 1.—9. Em. 0,65. C. Hartwig 1.—6. Em. 0,65. Papiernia, Bydgoszcz, 1.—4. Em. 0,45. Pozn. Spółka Drzewna 1.—7. Em. 0,80. Tri 1.—3. Em. 11,00. Wytwornia Chemiczna 1. bis 4. Em. 0,35. Tendenz: Unbeständig.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 18. Oktober. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. — Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung in Złoty.)

Weizen 24,50—26,50, **Roggen** 22,00—22,75, **Weizenmehl** (65% inkl. Säcke) 40,00—42,00, **Roggenmehl** (70% inkl. Säcke) 31,50 bis 33,50, **Roggenmehl** (65% inkl. Säcke) 36,00, **Brauereigerste** 23,00—27,00, Weizenkleie 12,75, Roggenkleie 12,75, Hafer 21,75—22,75, Fabrikkartoffeln 3,70, Eßkartoffeln 4,45—4,65. — Tendenz: Ruhig, Gerste auserlesene Qualität über Notiz; Nachfrage geringer.

Danziger Getreidebörse vom 18. Oktober. (Nichtamtlich.) Weizen per Zentner 12,00—14,50 Gulden, Roggen per Zentner 12,50—12,90 Gulden, Gerste per Zentner 14,25—15,25 Gulden, Hafer per Zentner 10,25—11,00 Gulden, kleine Erbsen per Zentner 12,00—14,50 Gulden, Viktoriaerbsen per Zentner 15,00—18,50 Gulden, Weizenkleie per Zentner 8,50 Gulden, Roggenkleie 8,50 Gulden für pommerellische Ware. Raps ohne Handel. Tendenz: fest. Weizenmehl 60proz. Ausm. 45,00—48,00 Gulden per 100 Kg., Roggenmehl 65proz. Ausm. 35,00—37,00 Gulden per 100 Kg.

Berliner Produktenbericht vom 18. Oktober. Amtliche Produktennotierungen per 1000 Kg. ab Station. Weizen märkischer 223—229, Tendenz stetig, Roggen märkischer 222—229, stetig, Sommergerste 240—270, Winter- und Futtergerste 215—230, stetig, Hafer märkischer 186—193, pommerscher 176—184, stetig, Weizenmehl für 100 Kg. 32—35,25, behauptet, Roggenmehl 31,80—35,25, behauptet, Weizenkleie 13,80—14, behauptet, Roggenkleie 13,20, behauptet, Raps für 1000 Kg. 390—400, still, Leinsaat 310—400, stetig, Viktoriaerbsen für 100 Kg. 34—38, kleine Speiseerbsen 25—27, Futtererbsen 19—20, Peluschken 17—19, Ackerbohnen 20—22, Wicken 19—20, blaue Lupinen 14—15, gelbe Lupinen 16—19, Serradelle, neue 15, alte 20—24, Rapskuchen 16—16,30, Leinkuchen 26—26,50, Trockenschnitzel prompt 11, Torfmelasse 9,25, Kartoffelflocken 20.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 18. Oktober in Krakau — 2,36 (2,36), Zawichost 0,67 (0,69), Warschau 1,00 (1,01), Płock 0,62 (0,63), Thorn 0,46 (0,48), Fordon 0,61 (0,62), Culm 0,58 (0,60), Graudenz 0,62 (0,64), Kurzebrak 1,14 (1,14), Montau 0,63 (0,68), Pieckel 0,56 (0,61), Dirschau 0,38 (0,44), Einlage 2,14 (2,10), Schiewenhorst 2,40 (2,42) Meter.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.
Hierzu: „Der Hausfreund“ Nr. 105.